

## **Große Anfrage**

**der Abgeordneten Doss, Hauser (Krefeld), Wissmann, Dr. Faltlhauser, Sauer (Stuttgart), Gerster (Mainz), Hörster, Kittelmann, Dr. Unland, Rossmann, Dr. Laufs, Niegel, Dr. Schroeder (Freiburg) und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Grünbeck, Funke, Frau Folz-Steinacker, Dr. Feldmann, Dr.-Ing. Laermann, Dr. Solms, Rind, Gattermann, Kohn, Cronenberg (Arnsberg), Dr. Graf Lambsdorff, Dr. Weng (Gerlingen) und der Fraktion der FDP**

### **Lage der Freien Berufe im Zuge der Schaffung des europäischen Binnenmarktes**

Die Freien Berufe erfüllen selbständig und eigenverantwortlich unverzichtbare Funktionen für Wirtschaft und Gesellschaft. Ihrem Selbstverständnis gemäß sind die Freien Berufe dem Gemeinwohl verpflichtet. Sie sind wesentlicher Teil des selbständigen Mittelstands und erbringen als sachkundige Berater und Helfer Dienstleistungen für den Bürger, sind Mittler und Vertreter des einzelnen gegenüber privaten und staatlichen Organisationen und Institutionen. Sie sind Mitgestalter des kulturellen Lebens, Vermittler von Informationen und Meinungen und leisten entscheidende Beiträge in Wissenschaft und Forschung. Als Wirtschaftsfaktor haben die Freien Berufe inzwischen große Bedeutung erlangt, die weiter wächst. Die rd. 400 000 selbständigen Freiberufler stellen mehr als 15 Prozent aller Selbständigen in der Bundesrepublik Deutschland. Schätzungen gehen für das Jahr 2000 von bis zu 600 000 Selbständigen in den Freien Berufen aus. Während die Zuwachsraten bei den Erwerbstätigen insgesamt zwischen den Jahren 1970 und 2000 bei 3 Prozent liegt, nimmt die Zahl der Selbständigen in den Freien Berufen im selben Zeitraum um 140 bis 150 Prozent zu. In Büros, Praxen, Kanzleien und Ateliers der Freien Berufe sind gegenwärtig rd. 1,3 Millionen Menschen beschäftigt; 130 000 junge Menschen erhalten hier eine Berufsausbildung. Die Freien Berufe erwirtschaften rd. 125 Milliarden DM Umsatz jährlich; das sind 5 Prozent des Bruttosozialprodukts. Ihr Beitrag zum Steueraufkommen liegt mit rd. 7 Prozent noch darüber.

Die erhebliche Zunahme der Zahl der Selbständigen in den Freien Berufen bewirkt auch z. T. die Probleme, mit denen sich die Freien Berufe auseinandersetzen müssen. Wesentliche Ursache der Zunahme ist der wachsende Anteil der Hochschulabsolventen bei gleichzeitig stagnierender bis rückläufiger Aufnahme junger Akademiker in den öffentlichen Dienst und in der privaten Wirtschaft.

Bis zum Jahr 2000 ist mit rd. 1,5 Millionen weiteren Hochschulabsolventen und somit weiter verstärktem Nachwuchsdruck auf die Freien Berufe zu rechnen. Dabei stehen an sich geeignete Betätigungsfelder den Freien Berufen nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung, weil viele Leistungen durch die öffentliche Hand angeboten und erbracht werden, die von den Freien Berufen erbracht werden können.

Als Benachteiligung gegenüber Arbeitnehmern wird von allen Selbständigen die steuerliche Behandlung der Vorsorgeaufwendungen für Alter und Krankheit angesehen.

Schließlich stellt der europäische Binnenmarkt die Freien Berufe vor große Herausforderungen, zu deren Bewältigung es auch politischer Weichenstellungen bedarf. Wie kaum ein Wirtschaftsbereich sind die Freien Berufe von den Veränderungen betroffen, die der Binnenmarkt 1992 mit sich bringen wird. Die Rahmenbedingungen freiberuflicher Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland wie in anderen Partnerländern weisen eine Reihe Besonderheiten auf, deren möglicher Wegfall im Zuge einer Harmonisierungsbewegung die Wettbewerbsfähigkeit großer Teile der Freien Berufe beeinträchtigen kann. Um die hohen Standards freiberuflicher Leistungen für die Bürger in der Bundesrepublik Deutschland aufrechtzuerhalten, muß dem Qualitäts- und Leistungswettbewerb Vorrang vor dem Preiswettbewerb eingeräumt werden. Ein europäischer Markt ohne Grenzen heißt für die Freien Berufe Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und Vergleichbarkeit innerhalb des Gemeinsamen Marktes.

Es gilt, die Position der Freien Berufe im Wettbewerb mit der gewerblichen Wirtschaft und gegenüber bürokratischer Macht in Europa zu erhalten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Lage der Freien Berufe und ihre Bedeutung für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft?
2. Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die angekündigte Aktualisierung des „Berichts der Bundesregierung über die Lage der Freien Berufe“ aus dem Jahre 1979 (Drucksache 8/3139) vorzulegen?
3. Wie beurteilt die Bundesregierung kurz-, mittel- und langfristig die Entwicklung und die Berufsaussichten für die Freien Berufe angesichts eines ständig wachsenden Potentials an Hochschulabgängern, das in die freiberufliche Selbständigkeit drängt, sowie angesichts weiterer sich heranbildender Freier Berufe und der sich ändernden Anforderungen und Tätigkeitsbereiche?
4. Hält die Bundesregierung die steuerliche Behandlung der Selbständigen im Bereich der Aufwendungen für Alters- und Krankheitsvorsorge für angemessen?

5. Bleibt die Bundesregierung bei der Auffassung, daß eine Einbeziehung der Freien Berufe in die Gewerbesteuer nicht in Frage kommt, und wie beurteilt die Bundesregierung gegen-  
teilige Forderungen der jüngeren Vergangenheit etwa aus  
dem Deutschen Städtetag?
6. Inwieweit partizipieren die Freien Berufe an der öffentlichen  
Mittelstandsförderung, und beabsichtigt die Bundesregie-  
rung, die Freien Berufe stärker in Förderprogramme (z. B.  
Einzelberatungsförderung, Ansparförderung) mit einzube-  
ziehen?
7. Wie beurteilt die Bundesregierung die Effizienz des Neben-  
tätigkeitsbegrenzungsgesetzes im Hinblick auf die Leistungs-  
erbringung durch öffentlich Bedienstete in den Tätigkeitsbe-  
reichen der Freien Berufe?
8. Wo sieht die Bundesregierung die bisherigen Erfolge bei der  
Verlagerung öffentlicher Dienstleistungen in Bund, Ländern  
und Kommunen auf Freie Berufe?
9. Welche sind nach Auffassung der Bundesregierung die vor-  
rangigen Privatisierungsbereiche, und welche Möglichkeiten  
einer weiteren Verlagerung öffentlicher Dienstleistungen auf
  - a) Bundesebene,
  - b) Länderebene,
  - c) kommunaler Ebenesieht die Bundesregierung?
10. Strebt die Bundesregierung an, auch über das Jahr 1992 hin-  
aus sicherzustellen, daß der in der Baupraxis über Jahrzehnte  
bewährte Grundsatz der Trennung von Planungen und Aus-  
führungen erhalten bleibt, nach dem die öffentlichen Auftrag-  
geber von Bund, Ländern und Gemeinden die Einschaltung  
von freiberuflich tätigen Ingenieuren und Architekten vor-  
nehmen?
11. Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten der Öff-  
nung des Marktes für Dienstleistungen im Bereich der tech-  
nischen Sicherheit für die Freien Berufe?
12. Reichen nach Auffassung der Bundesregierung die gegenwärtigen  
Möglichkeiten bei der Bildung von Zusammenschlüssen  
der Freien Berufe (z. B. in Sozietäten, Gemeinschaftspraxen)  
mit Hilfe gegenwärtig bestehender Gesellschaftsformen aus,  
oder sieht die Bundesregierung im Hinblick auf den europäi-  
schen Binnenmarkt einen Regelungsbedarf bei der Erweite-  
rung bestehender Gesellschaftsformen, um die Erbringung  
gemeinsamer, komplexer Dienstleistungen zu ermöglichen?
13. Kann nach Auffassung der Bundesregierung ein Partner-  
schaftsgesetz zumindest für die wirtschafts- bzw. unterneh-  
mensnahen Freien Berufe geschaffen werden?
14. Wie beurteilt die Bundesregierung die im Zuge der Schaffung  
des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes auf die selbst-  
verwalteten und nicht selbstverwalteten Freien Berufe zukom-  
menden Veränderungen?

15. Wo sieht die Bundesregierung neue Chancen für die Freien Berufe im europäischen Binnenmarkt?

Wo sieht die Bundesregierung die Fähigkeit der Freien Berufe, im europäischen Wettbewerb bestehen zu können, beeinträchtigt oder gefährdet?

16. Was tut die Bundesregierung, um sich gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten, in denen die Freien Berufe eine vergleichbare Stellung in Wirtschaft, Recht und Gesellschaft einnehmen, für eine Modernisierung, aber auch für die Bewahrung von Qualität und Berufsethos in der Gemeinschaft einzusetzen?
17. Wie beurteilt die Bundesregierung im Blick auf den europäischen Binnenmarkt die Wettbewerbsunterschiede zwischen Freien Berufen mit gesetzlichem und solchen ohne gesetzliches Berufsrecht?
18. In welchen Bereichen erwartet die Bundesregierung eine Zunahme des Wettbewerbs durch die Niederlassung zuwandernder Freiberufler und durch Dienstleistungen von Freiberuflern aus anderen Staaten der EG?
19. Sind die verschiedenen berufsrechtlichen Ordnungen in der Bundesrepublik Deutschland nach Einschätzung der Bundesregierung im europäischen Binnenmarkt aufrechtzuerhalten, und wo sieht die Bundesregierung gegebenenfalls Änderungsbedarf im deutschen Berufsrecht?
20. Wie beurteilt die Bundesregierung die künftige Rolle der Selbstverwaltungsorgane und Verbände der Freien Berufe innerhalb des europäischen Binnenmarktes?
21. Was wird die Bundesregierung unternehmen, um in den EG-Mitgliedstaaten die Berufsbezeichnung, die Niederlassungsfreiheit und die Berufsausübung deutscher Freiberufler zu gewährleisten, die in der Bundesrepublik Deutschland im Gegensatz zu anderen EG-Staaten keinem gesetzlichen Berufsrecht unterliegen?
22. Sind nach Ansicht der Bundesregierung nach 1992 die bestehenden Honorar- und Gebührenordnungen im Rahmen des europäischen Binnenmarktes zu erhalten, und welche Position wird die Bundesregierung in dieser Frage gegenüber den europäischen Partnerländern vertreten?
23. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen eines reinen Preiswettbewerbs für freiberufliche Dienstleistungen auf deren Qualität und den Verbraucherschutz?
24. Für welche Freien Berufe besteht innerhalb der Europäischen Gemeinschaft noch Regelungsbedarf hinsichtlich der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen, Prüfungszeugnissen und sonstigen Befähigungsnachweisen, und wo sind bestehende Koordinierungsrichtlinien noch nicht in nationales Recht umgesetzt?

25. Wie ist der Stand der Arbeiten für eine umfassende und abschließende Regelung der Anerkennung von Diplomen, Prüfungszeugnissen und sonstigen Befähigungsnachweisen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft?
26. Wie lautet die Antwort der Bundesregierung auf die aus den Reihen der Freien Berufe immer wieder erhobene Forderung nach Verstärkung der Arbeitseinheit im Bundesministerium für Wirtschaft, die sich ausschließlich der Belange der Freien Berufe annimmt, bzw. nach der Schaffung einer interministeriellen Einheit („Task Force Freie Berufe“), die insbesondere im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt Ansprechpartner für die wachsende Zahl der Selbständigen in den Freien Berufen sein könnte?
27. Sind nach Auffassung der Bundesregierung die an Zahl und Bedeutung wachsenden nicht selbstverwalteten Freien Berufe ausreichend in politische Entscheidungen einbezogen?
28. Wie gedenkt die Bundesregierung den in ihrer Bedeutung und Zahl wachsenden kreativen Freien Berufen im technischen, im journalistischen, sprachübertragenden und im künstlerischen Bereich gesellschaftliche und staatliche Anerkennung und Förderung zukommen zu lassen?
29. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dem in den Freien Berufen verbreiteten Informationsdefizit, den europäischen Binnenmarkt betreffend, und den daraus resultierenden Unsicherheiten zu begegnen, die viele Freiberufler davon abhalten, sich auf die tatsächlichen Veränderungen und Anforderungen des Binnenmarktes rechtzeitig einzustellen und vorzubereiten?
30. Inwieweit ist vorgesehen, die Freien Berufe an dem vom Bundesministerium für Wirtschaft angeregten „Euro-Fitness-Programm“ partizipieren zu lassen?
31. Was gedenkt die Bundesregierung für das Beherrschen europäischer Sprachen und die Kenntnis der Kulturen der Gemeinschaft als wichtiger tatsächlicher Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit zu tun?

Bonn, den 13. November 1989

|                          |                                      |
|--------------------------|--------------------------------------|
| Doss                     | Lenzer                               |
| Hauser (Krefeld)         | Louven                               |
| Wissmann                 | Magin                                |
| Dr. Falthäuser           | Dr. Müller                           |
| Sauer (Stuttgart)        | Müller (Wadern)                      |
| Gerster (Mainz)          | Nelle                                |
| Hörster                  | Dr. Olderog                          |
| Kittelmann               | Oswald                               |
| Dr. Unland               | Reddemann                            |
| Rossmann                 | Frau Rönsch (Wiesbaden)              |
| Dr. Laufs                | Dr. Rose                             |
| Niegel                   | Ruf                                  |
| Dr. Schroeder (Freiburg) | Sauter (Epfendorf)                   |
| Austermann               | Schartz (Trier)                      |
| Dr. Becker (Frankfurt)   | Schemken                             |
| Dr. Blank                | von Schmude                          |
| Börnsen (Bönstrup)       | Schwarz                              |
| Dörflinger               | Seesing                              |
| Eigen                    | Spilker                              |
| Feilcke                  | Dr. Stark (Nürtingen)                |
| Dr. Fell                 | Dr. Stercken                         |
| Fischer (Hamburg)        | Susset                               |
| Dr. Friedrich            | Uldall                               |
| Ganz (St. Wendel)        | Frau Will-Feld                       |
| Frau Geiger              | Wilz                                 |
| Dr. Götz                 | Frau Dr. Wisniewski                  |
| Dr. Grünwald             | Zeitlmann                            |
| Harries                  | Zierer                               |
| Haungs                   | Zink                                 |
| Hauser (Esslingen)       | Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion |
| Frau Dr. Hellwig         |                                      |
| Herkenrath               | Grünbeck                             |
| Hinsken                  | Funke                                |
| Höfkes                   | Frau Folz-Steinacker                 |
| Dr. Hoffacker            | Dr. Feldmann                         |
| Dr. Hüsch                | Dr.-Ing. Laermann                    |
| Jäger                    | Dr. Solms                            |
| Dr. Jobst                | Rind                                 |
| Jung (Limburg)           | Gattermann                           |
| Kalisch                  | Kohn                                 |
| Dr.-Ing. Kansy           | Cronenberg (Arnsberg)                |
| Dr. Kappes               | Dr. Graf Lambsdorff                  |
| Kossendey                | Dr. Weng (Gerlingen)                 |
| Krey                     | Mischnick und Fraktion               |
| Dr. Kunz (Weiden)        |                                      |



